

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnahme auch in Klößen erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball
Bezirk Sachsen
Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang
Dresden, Freitag den 26. August 1932
Nummer 193

Vor neuer Reichstagsauflösung

Morddrohungen gegen Clara Zetkin



Bapen - Schleicher wollen ohne Parlament diktieren

Wie jetzt auch die bürgerlichen Blätter melden, ist unsere Genossin Clara Zetkin bereits aus Warschau abgefahren, um am Internationalen Antifaschistenkongress in Amsterdam teilzunehmen und von dort aus zur Reichstagsauflösung nach Berlin zu fahren. Clara Zetkin ist seit Entschlossenheit der Arbeiterpartei den Reichstag zu eröffnen.

Raum von ihrer schweren Krankheit genesen, begibt sich die große Kampfgenossin von Friedrich Engels, von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in das Land des Terrors der Nationalsozialisten, die schon jetzt gegen sie die wüsten Morddrohungen schleudern. Die „Deutsche Zeitung“, die „Völkische Zeitung“, alle diese Organe der Faschisten, der Junker und dem Speckbald, der faulenden Generale mit 25.000-Mark Pensionen schicken offene Mordandrohungen gegen Clara Zetkin aus.

In den heutigen Morgenzeitungen der bürgerlich-faschistischen Presse werden sogar Forderungen nach der greiften Revolutionärin verhängt und in fast unerschütterlicher Form kündigen die Nazis an, daß sie ihre in Königsberg und Oberhausen angeordnete Praxis des blutigen Terrors und des Wortes an Arbeiterorganisationen auch auf den Reichstag zu übertragen gedenken. Die „Dresdner Nachrichten“ schreiben sich sogar, von der „Großmutter der Revolution“ zu hören, deren Auftreten im Reichstag mit gewaltigen Tumulten der Rechten beantwortet würde. In diesem Zusammenhang fordert auch diese Zeitung politische Maßnahmen gegen die Genossin Zetkin, als ihre Verhaftung.

Aber Clara Zetkin kommt doch, denn sie weiß hinter sich 23 Millionen Kommunisten. Sie weiß darüber hinaus hinter 10 Millionen sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiterinnen und Arbeiter, für deren soziale und politische Befreiung unsere große Kampfgenossin seit über 50 Jahren ihr Leben eingesetzt hat.

Regieren ohne Parlament

Im Zusammenhang mit der Reichstagsauflösung und der Verhaftung Clara Zetkin berichtet die bürgerliche

Dirsoll genommen werden:



liche Presse übereinstimmend über die nächsten Pläne der Reichsregierung. So wird erklärt, daß der Reichstag, wenn er den ersten Tag seines Zusammentritts überhaupt überlebt, schon in den nächsten Tagen, wahrscheinlich noch vor der Aussprache über die Regierungserklärung wieder aufgelöst werde. Es werde so gut wie fest, daß er nicht über Anfang September hinaus leben werde. Die Regierung beabsichtigt dann mindestens eine Zeitlang ohne Parlament zu regieren, das heißt bis nach der vorbereiteten Befreiungs- und Wahlrechtsänderung keine Neuwahlen auszusprechen. Die „Berliner Völkische Zeitung“, das Organ des Reichswehrministeriums, deutet in einem Artikel die Konsequenzen dieser Entscheidung bereits an. Es handelt sich bei der Regierungserklärung vor allen Dingen um das Wirtschaftsprogramm.

Um den Lohndruck

Berlin, 26. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichsanwalt von Papen hat vorgelesen mit den Gewerkschaften Krupp, Generaldirektor Bösch, IG-Farben, und Siemens über das Wirtschaftsprogramm der Regierung verhandelt. Am Sonnabend will der Reichsanwalt in einer Rede in Münster das Programm bekanntgeben, bevor es am 2. September im Reichstag zur Debatte gestellt wird.

Wie die bürgerliche Presse übereinstimmend meldet, enthält das Wirtschaftsprogramm vor allem die angekündigten Maßnahmen zur „Kalkulation der Tarifverträge“, die den Unternehmern des weitgehenden Lohnabbaus ermöglichen sollen.

Wir fordern im Reichstag:

Berlin, 26. August. (Eig. Drahtbericht.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat gestern ihre Forderungen veröffentlicht. An der Spitze der Forderungen steht die Forderung nach der sofortigen Auflösung der Reichsregierung und der sofortigen Bildung einer Regierung der Arbeiterpartei. Die Reichstagsfraktion fordert ferner die sofortige Aufhebung der Notverordnungen der Papenregierung, die Aufhebung des Arbeitsdienstgesetzes und des Demonstrationsverbotes - wie die Befreiung der Sondergerichte. Weitere Forderungen betreffen das Verbot der SA- und SS-Formationen. Das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes ist aufzuheben!

Die Gewährung von direkten und indirekten Subventionen an Banken, Industrie- und Verkehrsunternehmen sollen sofort eingestellt werden. Ferner wird die Annullierung der Verträge von Boussane, des Young- und Dawesplanes verlangt. Die Reichsfinanzminister, Leibenstein, Ullrich, Jander, und Galtz sollen abgesetzt werden. Die großen Vermögen und hohen Einkommen sind mit Sondersteuer zu belasten. Die Steuern sollen auf 25 Prozent der Friedenshöhe herabgesetzt werden. Zur sofortigen Hilfe für die Erwerbslosen und Sozialrentner wird die Befreiung aller Notverordnungen verlangt, durch die die Unterhaltungen abgebaut werden.

Brühelei zwischen Nazis

Heute Nacht in der zweiten Stunde haben sich Mitglieder der DSA und SA gegenseitig im wüsten beifolgendem Zustand verprügelt. Im Café Altmann in Berlin ist es zu einem SS-Sturm bräute der SA zu: „Gut Schweigen werden wir schon halten.“ So entstand eine regelrechte Kollaterale. Ein SA-Mann wurde nach dem Altmann geschleppt und besetzt verprügelt, daß er liegen blieb. Die SA rief dann ab und gab Befehl, den niedergelegenen liegen zu lassen. Er wurde dann jedoch von zwei Nazis in Zirkel fortgeführt.

Die Schlichtung ist diesen Gewissensmenschen schon in die Hände und Blat übergegangen, daß sie sich gegenseitig wie ein Wild niederschlagen und im beifolgendem Zustand kommunisten, wie sie es bei den „Reichs-Tage“ vorhaben.

Ein 24 Jahre im DTV organisierter Arbeiter erklärt:

„Die Wahrheit wollt ihr nicht hören!“

Verfälscht die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front!

Chemnitz, 25. August 1932

Am Dienstag fand hier eine Funktionärerversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt, in der die Eintragung der im DTV organisierten Arbeiter, auch der sozialdemokratischen, zum Ausdruck kam. Die Funktionärerversammlung nahm eine ablehnende Haltung an und entwickelte die Kampfpläne der Textilarbeiter. Dabei kam es zu erneuertem Sturm, als der Verbandsangestellte Hübner dem Redner das Wort entziehen wollte. Auf Grund dieses Protestes wurde Hübner von oppositionellen Kollegen weitergesprochen lassen. Ein SPD-Arbeiter erklärte in der Versammlung:

„Ich bin 24 Jahre im DTV, aber mit diesen Handlungen (Wortentziehung) bin ich nicht einverstanden. Die Wahrheit wollt ihr nicht hören!“

Auch andere SPD-Kollegen traten für den oppositionellen Kollegen ein, so daß er weiterreden durfte.

Im Schlußwort verurteilte Hübner seine Hege und verurteilte vor allem die Erfolge der oppositionellen Mobilisierungsarbeit und der Streiks der Belegschaften bei Liebermanns und Witsch herabzumindern. Dabei behauptete er sogar die Banaalität, so zu argumentieren: „Was Liebermanns herausgeholt haben, ist gar kein Erfolg, denn das steht ihnen tariflich zu!“ Daß der Unternehmer aber diesen tariflichen Lohn abbauen wollte und daß der DTV dagegen nichts unternommen hat, um das „tariflich zustehende“ zu halten, spielte für diesen Demagogen keine Rolle.

Die Wahrheit wollt ihr nicht hören! Das sagt ein 24 Jahre im DTV organisierter SPD-Arbeiter seinem Führer! Ist diese

Tatsache und der Proteststurm der Funktionäre in dieser Versammlung nicht ein eindeutiger Beweis dafür, daß die sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in wachsender Nähe erkennen, daß die Politik der Gewerkschaftsführer sie in immer tieferes Elend hineinführt.

Das muß für die Textilarbeiteropposition ein Ansporn sein, die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front zu verstärken. Die rote Einheitsfront zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau wird forciert.

Wählt Kampfausschüsse!

Ein Beispiel guter Betriebsarbeit

Chemnitz, 25. August 1932

Der Textilbetrieb Kramer ist nur ein kleiner Betrieb. Seine Belegschaft zählt nur 40 Arbeiter. Aber dieser Betrieb hat in diesen Tagen ein glänzendes Beispiel für gute Betriebsarbeit geliefert. Auf Grund der guten Arbeit der Belegschaft der KGD, die erst seit kurzer Zeit in diesem Betrieb besteht, war es möglich,

eine Belegschaftsversammlung durchzuführen, in der die 40 Mann starke Belegschaft vollständig vertreten war.

In dieser Versammlung herrschte große Empörung über die letzten Hungerlöhne der Textilarbeiter und über den Unternehmervorstoß zu weiterer Abbau dieser Löhne. Bei 12wärtiger, angelegentlichster Schärfe im wüsten beifolgendem Heftigen verurteilten die Textilarbeiterinnen die Woche 13 Mark und 20 Pfennig. Die Arbeiterinnen dieses Betriebes sind jetzt entschlossen, nicht einen einzigen Pfennig Lohnabbau mehr zu dulden.

Zur Vorbereitung ihres Kampfes wählten sie einen vorbereitenden Kampfausschuß aus fides Mitglieder der Belegschaft.

Dieses Beispiel wirklicher Betriebsarbeit muß für alle Antifaschisten Ansporn sein, in der Antifaschistischen Betriebswoche die Betriebe für den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau zu mobilisieren.